

Mitgliederzeitung der SPD Vorderpfalz



Gemeinsam schaffen



Unsere Mitglieder



Unsere Feste und Feiern

Inhalt

➔ Aus dem Land

Rot-Grün, eine Erfolgsgeschichte 2

➔ Um uns rum

Einführung des Betreuungsgelds stoppen 4
Mutterstadter Wirtschaftsgespräche 4

➔ Unterbezirk

Orga-Konferenzen 6
Für gute Kita-Plätze 7
Aktiv gegen Fachkräftemangel 8
Migrationsbeirat in Straßburg 9
Zu Gast bei CoLab 10
Urheberrecht im Alltag 11

➔ Ortsvereine

MLP-Marathon (diverse)..... 12
100% Frauenquote (Großniedesheim) 12
Spielplatzfest 2012 (Maudach) 13
Verkehrsumfrage (Oggersheim)..... 13
Sonderseiten Usedom 2012 14/15
Maifeier (Neuhofen) 16
Kirchbootregatta (Speyer) 16
Baumspende (Böhl-Iggelheim) 17
Vorstandswahlen (Niederfeld) 17

➔ Mitglieder

Mitgliederehrung (Neuhofen) 18
Walter Schäfer geehrt (Rheingönheim)..... 18
Margarete Boiselle (Speyer) 19
Nachruf 19

➔ Öffentlichkeitsarbeit

Infos und Termine 20

➔ Vermischtes

Speyerer Judoka geehrt 21
Rechte von Praktikant/innen stärken 21
Jusos verteilen Ostereier 21
AWO-Migrationsberatung 22
Doris Barnett im Gespräch 23
AsF soll weiterbestehen (Neuhofen) 24
AG 60plus besuchen Flugzeugwerke 24
Bildungsfahrt der Jusos 25
Kulturen im Dialog 26
Lange Nacht der Museen (Jusos) 26
Uli und die Roten Raben 27
Termine 28

Hallo liebe Genossinnen und Genossen,

heute haltet ihr die neuste Ausgabe des Vorderpfälzers in Händen. Als langjähriger Kassier des Unterbezirks Vorderpfalz will ich euch von meiner Funktion in unserer Partei berichten. Eine Funktion, die auf der einen Seite spannend und interessant ist, auf der anderen aber auch verantwortungsvoll und strikt wahrgenommen werden muss. Neben der Finanzplanung für die Verwaltung mit der dortigen Infrastruktur in der Geschäftsstelle im Kurt-Schumacher-Haus in Ludwigshafen sind vor allem die anstehenden Wahlkämpfe zu organisieren. Das ist auch für den Kassierer eine Herausforderung.

Die Gelder der Partei sind nach meiner Auffassung für anstehende Wahlkämpfe zu nutzen und sinnvoll einzusetzen. Und hier sind wir direkt am Kern der Aufgabe. Wunschvorstellungen von den unterschiedlichsten Ebenen werden an den Unterbezirksvorstand herangetragen. Eine wichtige und sensible Aufgabe ist hierbei, Wünschenswertes, Erfolg bringendes und finanziell Machbares zu sondieren und mit den teilweise bescheidenen Mitteln auszukommen. Wahlkampf auf „Pump“, was ich im Laufe meiner über 20 jährigen Funktion im UB-Vorstand auch schon miterlebt habe, ist die schlechteste Methode, um Ziele zu erreichen. Ausgegebenes Geld muss mühevoll in den Folgejahren eingespart werden - Rücklagen können parallel dazu nicht angespart werden. Nur wer Wahlen gewinnt kann wesentlichen politischen Einfluss ausüben, und dazu sind wir als Sozialdemokraten unseren Wählern verpflichtet.

Ein Kassier ohne Bitte - das ist wie die Suppe ohne Salz. Im kommenden Jahr steht der nächste Bundestagswahlkampf an. Hier ist unser oberstes Ziel, wieder in die Regierungsverantwortung zu kommen. Nur so ist sozialverträgliche, arbeitnehmerfreundliche Politik durchsetzbar. Und wie gesagt, Wahlkampf kostet – und deshalb meine Bitte an Euch: Unterstützt den Wahlkampf der SPD mit einer Geldspende – jeder Betrag ist hier wichtig und willkommen. Zur Erinnerung hier unsere Bankverbindung: Kontonummer 17186 bei der Sparkasse Vorderpfalz, BLZ 545 500 10 - Kennwort BTW 2012. Spendenquittung folgt sodann.

Abschließend möchte ich in Anbetracht der bevorstehenden Sommerferien in Rheinland-Pfalz euch allen einen schönen, sonnigen Urlaub wünschen

Euer Kassier im UB
Jürgen Kofink



EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Ein Jahr rot-grüne Landesregierung

Liebe Genossinnen und Genossen,

Rot-Grün ist zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Seit genau einem Jahr regieren wir in Rheinland-Pfalz erfolgreich mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer von der SPD geführten Regierungskoalition. Der von der Opposition immer wieder ersehnte „Regierungsknatsch“ ist nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil. Rot und Grün haben gemeinsam viel in die Wege geleitet. 22 Punkte haben wir für Dich zusammengestellt:

1. Änderung des Kommunalen Wirtschaftsrechts

Die Kommunen sollen bei einer sicheren und umweltfreundlicheren Energieversorgung gestärkt werden, um die Versorgung der Bevölkerung mit erneuerbaren Energien sicherzustellen. Eine entsprechende Änderung des Gemeindefinanzrechts wird auf den Weg gebracht.

2. Kommunalen Entschuldungsfonds

Der kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) ist am 1. Januar 2012 erfolgreich gestartet. Gemeinsam mit den Kommunen leistet die rot-grüne Landesregierung einen großen Beitrag zur Konsolidierung der Kommunen.

3. Kampf gegen Lärm

Die SPD geführte Landesregierung unterstützt die Klagen rheinhessischer Kommunen gegen die Fluglärmbelastung und ist initiativ gegen unerträglich werdenden Bahnlärm. Gemeinsam mit unserer SPD-Bundestagsabgeordneten fordern wir unter anderem eine Alternativtrasse für das Mittelrheintal.

4. Den demografischen Wandel gestalten

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland ein Demografieministerium geschaffen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe hat den Auftrag, die Aktivitäten der einzelnen Ressorts zu bündeln und neue Impulse zu geben. 5. Aktionsplan „Gut Leben im Alter“ Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans „Gut leben im Alter“ hin zu einem Landesaktionsplan wurde mit den ersten vier Regionalforen im Februar und März (Mainz, Simmern, Trier, Kaiserslautern) begonnen.

6. Optimierungsprozess der Polizeiorganisation

Ziel ist es, eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Belastungen orientierte Arbeit der Polizei zu gewährleisten. Klar ist: Die rot-grüne Landesregierung will die polizeiliche Infrastruktur auch in der Fläche erhalten und hält bezüglich der Polizeistärke am Landtagsbeschluss aus der 14. Wahlperiode fest. Die weitere Optimierung ist eine Daueraufgabe.

7. Verabschiedung Doppelhaushalt 2012/2013 mit Sparmaßnahmen

- Soziale und nachhaltige Finanzpolitik
- Einhaltung beider Schuldenkriterien
- Einstieg in den Abbau des strukturellen Defizits

Dienstrechtsänderungsgesetz: Festsetzung der Erhöhung der Beamtenbezüge auf 1 Prozent für die nächsten 5 Jahre und andere Maßnahmen zum 1.1.2012.



8. Fachkräftesicherung

Unter dem Motto „Zukunftsfähige Arbeit“ hat die Landesregierung damit begonnen, kleine und mittelständische Betriebe in ihrem Anpassungsprozess an die sich verändernden technologischen und demografischen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Ergänzend dazu erarbeiten die Partner am Ovalen Tisch eine Selbstverpflichtungserklärung, um die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer zu erhöhen.

9. Aktionsplan gut leben im Alter

Im September 2011 wurde die Servicestelle „Gut Leben im Alter“ bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. zur Umsetzung des landesweiten Beteiligungsprozesses eingerichtet. Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans „Gut leben im Alter“ hin zu einem Landesaktionsplan wurde mit mehreren Regionalforen begonnen, die Juni fortgesetzt werden.

10. Programm Kita plus: Für starke Kinder und starke Eltern

Im Sommer startet das Programm zur Stärkung der Betreuungssituation mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das breit angelegte Konzept, das auch eine Stärkung der Elternkompetenz vorsieht, wird noch im Mai vorgestellt.

11. Fortschreibung Landesentwicklungsprogramm IV

Durch die Teilfortschreibung Windenergie des LEP IV bringt Rheinland-Pfalz einen gezielten und umweltverträglichen Ausbau auf den Weg, der sich an klaren Vorgaben orientiert. Die Landesregierung hat eindeutige Ausschlusskriterien formuliert, die Windhöflichkeit wurde als Kriterium neu eingeführt ebenso wie das Gebot der Konzentration.

12. Landesweite Energie-Agentur

Durch den Aufbau einer neuen landesweiten Energieagentur sollen die Menschen fachlich in allen Fragen der Energiewende unterstützt und beraten werden. Die Agentur wird Ihre Tätigkeit zum 1. Juli 2012 aufnehmen.

13. „Masterplan Industrieentwicklung RLP“
Gemeinsam mit Unternehmen, Beschäftigten und Wissenschaft erarbeitet die Landesregierung einen „Masterplan Industrieentwicklung RLP“.

14. Masterplan „Welterbe Obere Mittelrheintal“

Wie kann das Obere Mittelrheintal zukunftsfähig gemacht werden? In einem intensiven Prozess mit hoher Bürgerbeteiligung werden Lösungen erarbeitet. Dazu werden sechs thematische Workshops im Mai/ Juni 2012 und eine Zukunftskonferenz im Juni 2012 durchgeführt.

15. Reduzierung der Klassenmesszahl

In Rheinland-Pfalz werden die Klassengrößen schrittweise verkleinert und damit in den Grundschulen begonnen. Auch die Klassenmesszahl in den Orientierungsstufen in den integrierten Gesamtschulen und Gymnasien soll reduziert werden.

Seit dem Schuljahr 2011/2012 liegt die Klassenmesszahl in der Klassenstufe 1 der Grundschule bei 24 Schülerinnen und Schülern.

16. Ausweitung der kostenfreien Schülerbeförderung

Das Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Schülerbeförderung und zur weiteren Umsetzung der Lehrerbildungsreform tritt am 1. August 2012 in Kraft. Beginnend mit Schuljahr 2012/2013 sind dann auch die Schülerinnen und Schüler der Sek. I und der Berufsfachschulen I und II in die freie Schülerbeförderung einbezogen

17. Hochschulen

Zum Beginn des Sommersemesters 2012 entfällt das Studienkontenmodell. Damit beschreitet die rot-grüne Landesregierung konsequent den Weg der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums.

18. Einführung des Wasserentnahmentgelts

Der Wasserentnahmentgelt schafft Anreize für einen besseren Schutz und einen effizienten Umgang mit unseren Wasserressourcen. Die Einnahmen werden ausschließlich für den Schutz unserer Gewässer und die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie eingesetzt und dort auch dringend benötigt.

19. Solidarpakt Windenergie

Landesforsten Rheinland-Pfalz beteiligt sich mit Windenergievorhaben auf landeseigenen Flächen an kommunalen Solidarpakten. Landesforsten wird hier gestellt wie die beteiligten Kommunen und führt bis zu 30 % der Pachteinnahmen an kommunale Solidargemeinschaften ab.

20. Konsequenter Einsatz für Tierschutz

Die rot-grüne Landesregierung hat erfolgreiche Initiativen auf Bundesebene für den Ausstieg aus der Käfighaltung und zum Schenkelbrand initiiert. Ein Gesetzentwurf für das Verbandsklagerecht im Tierschutz wird vorbereitet.

21. Fortschreibung der Tourismusstrategie 2015

Gemeinsam verabschieden Landesregierung und Tourismus- und Heilbäderverband, Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, DEHOGA Rheinland-Pfalz und die Arbeitsgemeinschaft der IHKn voraussichtlich nach der Sommerpause die weiterentwickelte Tourismusstrategie.

22. Unterstützung für rheinland-pfälzischen Universitäten bei der Exzellenzinitiative

Das Land hat die Universitäten während des Begutachtungsprozesses von einer Graduiertenschule, vier Exzellenzclustern und einem Zukunftskonzept wie im Koalitionsvertrag zugesagt, tatkräftig unterstützt. Unter anderem wurden in den Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzlich 75 Stellen für die Exzellenzinitiative eingestellt.

Alexander Schweitzer

DEBATTE IM LANDTAG

Einführung des Betreuungsgeldes stoppen



Auf Drängen der CSU haben sich Union und FDP in ihrem Koalitionsvertrag 2009 trotz erheblicher interner Bedenken auf die Einführung eines sogenannten Betreuungsgeldes geeinigt. Das in der öffentlichen Diskussion treffend als „Herdprämie“ bezeichnete Betreuungsgeld stößt in der Politik und Gesellschaft auf erheblichen Widerstand – auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition im Bundestag. Unser parlamentarischer Entschließungsantrag im Landtag enthält eine Aufforderung an die Landesregierung, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, die Einführung des geplan-

ten Betreuungsgeldes zu verhindern. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, den erfolgreich begonnenen Weg in der KITA-Politik mit neuen Impulsen weiter zu verfolgen und massiv auf die Bundesregierung einzuwirken, auf eine Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten und die verfassungsrechtlichen Bedenken ernst zu nehmen. Die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung des Rechtsanspruches für Betreuungsplätze von Kindern ab einem Jahr sollen vielmehr für Land und Kommunen bereitgestellt werden, um einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungs- und Bildungsangeboten sicher zu stellen. In der Landtagsdebatte zu unserem Antrag wurde einmal mehr deutlich, dass diese Leistung dringend gestoppt werden muss. Sie wäre bildungspolitisch falsch und verfassungsrechtlich fragwürdig. Landauf, landab wird über das Betreuungsgeld und seine Folgen debattiert. Seit Monaten wird in der Berliner schwarz-gelben Koalition über die „Herdprämie“

gestritten. Kritik von Arbeitgeberseite und den Gewerkschaften verpufft. Ein „Machtwort“ der Kanzlerin zum Ende der Debatte war erfolglos.

Die auf Drängen der CSU im Koalitionsvertrag festgeschriebene umstrittene Regelung muss vom Tisch. Wir setzen verstärkt auf den bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Verschiedene Studien belegen, dass das Betreuungsgeld sozial-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt ist.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Alternativantrag der CDU abgelehnt, der sich unseriös mit den aktuellen Fragen der Familienpolitik beschäftigt und mit fremden Federn schmückt. Denn die von der Union gelobte Einführung des bewährten Elterngeldes stammt nicht von der CDU. Aber was soll man von einem parlamentarischen Antrag zum Betreuungsgeld halten, der das Wort Betreuungsgeld nicht ein einziges Mal nennt? *Günther Ramsauer, MdB*

FINANZMINISTER DR. CARSTEN KÜHL ZU GAST

Mutterstadter Wirtschaftsgespräche haben Tradition

Im April fand im Autohaus Henzel im Gewerbegebiet Mutterstadt ab 19.00 Uhr das mittlerweile schon zur Tradition gewordene Wirtschaftsgespräch statt. Unserer Landtagsabgeordneten Hannelore Klamm war es erneut gelungen, einen hochrangigen Referenten aus der Landespolitik dafür zu gewinnen. Erstmals war unser Finanzminister, Dr. Carsten Kühl, der Einladung dorthin gefolgt. In der besonderen Atmosphäre, die ein Autohaus mit seinen Fahrzeugen

und der branchenspezifischen Einrichtung darstellt, boten als Gastgeber die Eheleute Henzel bei Sekt, Saft und Brezeln im Foyer des Autohauses den zahlreichen Gästen eine entspannte und lockere Atmosphäre.

Minister Kühl bot zunächst einen Überblick über die rheinland-pfälzische Finanzpolitik der neuen rot-grünen Koalition. In seinem Referat wurden grundsätzliche Fragen der Steuer- und Finanzpolitik thematisiert und näher beleuchtet. Zwischen

wünschenswerten und realisierbaren Vorhaben müsse unterschieden werden, gerade wegen der in der Landesverfassung nun verankerten Schuldenbremse, um kommende Generationen vor einer übermächtigen Schuldenlast, die ansonsten jeglichen Spielraum in öffentlichen Haushalten schließlich zu ersticken drohe, wirksam zu bewahren.

Über die (Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer herrsche Einigkeit innerhalb der SPD-geführten Landes-

regierungen, um hohe Vermögen für die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben in den Bundesländern heranzuziehen. Dabei werde keinesfalls an den normalen Eigentümer eines Ein- oder Zweifamilienhauses gedacht, sondern die Freibetragsgrenze solle wesentlich höher vorgesehen werden. Die letztmals 1996 erhobene Vermögensteuer der damaligen Ausprägung (vom Bundesverfassungsgericht durch Beschluss vom 22.6.1995 für verfassungswidrig erklärt) ist eine reine Landessteuer, so wie z. B. die Kfz-Steuer. Dass die Vermögensteuer bei „richtiger“ (grundgesetzkonformer) Ausgestaltung mit dem Grundgesetz in vollem Einklang steht, beweist im Übrigen ihre ausdrückliche Verankerung in Art. 106 Abs. 2 Nr. 1 GG, wo jene Steuerarten aufgezählt werden, deren Aufkommen den Ländern zusteht.

Da die schwarz-gelbe Bundesregierung sich jedoch diesem Vorhaben kategorisch entgegenstemmt, fehle es derzeit an der für Bundesgesetze erforderlichen Mehrheit. Dies könne sich erst nach der nächsten Bundestagswahl ändern, um einen Politikwechsel nicht nur in dieser Frage der Steuergerechtigkeit herbeizuführen. Ein weiteres Thema war ein weiterhin gutes Bildungsangebot an rheinland-pfälzischen Schulen, wo trotz der sinkenden Schülerzahlen aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge anstelle von 3.000 Planstellen nur 2.000 Planstellen für LehrerInnen nach und nach zur Haushaltskonsolidierung eingespart werden sollen. Die 1.000 Planstellen für Lehrer über dem künftigen Bedarf sollen für ein noch besseres Betreuungs- und Bildungsangebot für alle Schüler gezielt genutzt werden, um möglichst gute Bildungschancen zu verwirklichen. Denn die beste Investition sei jene in das intellektuelle Potenzial unserer Jugend. Die erfreulich hohe Beschäftigungs-

quote habe mittlerweile zu einem deutlich höheren Steueraufkommen geführt. Dabei beträgt die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz zurzeit etwa 3,8 %, wobei es innerhalb der Landesteile (im Rhein-Pfalz-Kreis sehr wenig Arbeitslose) sehr unterschiedliche Zahlen gibt. Ohne zynisch sein zu wollen, was sicherlich viele traurige Einzelschicksale von erwerbslosen Mitbürgern betrifft, sei damit die Vollbeschäftigung nicht mehr fern (nach Maßstab der herrschenden Lehre in der Volkswirtschaft wird bis 3 % Arbeitslosigkeit von Vollbeschäftigung gesprochen). Damit habe unser Land Hessen, aus dem Minister Kühl stammt, mittlerweile in dieser Hinsicht überflügelt.

Anschließend stellte sich Dr. Carsten Kühl den Fragen aus der Mitte der Teilnehmer. Die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen, je nach persönlicher Betroffenheit und berufsspezifischer Erfahrung, sei es als Unternehmer oder Arbeitnehmer, wurden dabei deutlich. Schließlich gab es wegen der Frage einzelner

Teilnehmer noch einen kurzen Exkurs in die Ausbildungsfähigkeit und den Bildungsstand junger Menschen, obwohl die Bildungspolitik nicht auf der Agenda stand. Dazu äußerte Minister Kühl spontan seine eigenen Erfahrungen und warnte vor einem unberechtigten Schlechtreden des Bildungsniveaus der Jugend, zumal bereits bei den alten Griechen von der „Verderbtheit der Jugend und deren sittlichen Verfall“ die Rede ist. Auch die eigenen Lehrer hätten damals behauptet, zu ihrer Zeit seien sie „gebildeter“ und tüchtiger gewesen.

Als Dank für sein Kommen und seinen engagierten Beitrag überreichte Hannelore Klamm Dr. Kühl, wie es auch schon Tradition ist, einen „guten Roten“ aus der Pfalz. Carsten Kühl erwiderte, gern wieder nach Mutterstadt zu kommen, wenn man das wünsche. Nach dem Ende des offiziellen Teils nutzten einige die Gelegenheit zu einem ungezwungenen Plaudern und Meinungsaustausch in kleiner Runde. *Harald Kentrup*



FINANZKRAFT DES SPD LANDESVERBANDS Organisationskonferenzen im ganzen Land mit OV-Vorsitzenden und Kassierern



Zu einer Organisations-Konferenz mit Ortsvereinsvorsitzenden und Kassierern hatte der Unterbezirk am 31. Mai nach Speyer geladen. Neben Informationen von Generalsekretär Alexander Schweitzer und Schatzmeister Günther Ramsauer gab es eine angeregte Diskussion der Genossinnen und Genossen.



ABGEORDNETE DES UB-VORDERPFALZ

Für gute Kitaplätze statt Betreuungsgeld

Für gute Kitaplätze statt Betreuungsgeld - unter diesem Motto trafen sich Kommunalpolitiker und Abgeordnete der SPD und SGK Vorderpfalz, um gemeinsam Stellung zu beziehen gegen die Pläne der Bundesregierung, eine „Herdprämie“ für die einzuführen, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken wollen. „Das Betreuungsgeld ist ein völlig falsches Signal“, erklärt Bundestagsabgeordnete Doris Barnett, die die Aktion initiiert hatte. „Kinder sind eine wunderbare Sache, aber Elternschaft sollte nicht in Geldwert bemessen werden. Den Eltern helfen, eine Auszeit zu nehmen, ohne den Anschluss zu verpassen, ist richtig. Eltern von Arbeitsplätzen und Kinder von frühkindlichen und kostenlosen Bildungsangeboten fernzuhalten, ist im 21. Jahrhundert eine sträfliche Unvernunft und Kurzsichtigkeit. Außerdem ist die Prämie höchst unsozial: sie fördert Gutverdiende, die mit einem Einkommen gut leben und ihr Kind zu Hause betreuen können und das Betreuungsgeld gern noch mitnehmen. Müssen beide Eltern für den Familienunterhalt arbeiten, haben sie gar keine Wahl, als das Kind in die Kita zu schicken und teure Gebühren zu zahlen, die ihnen

niemand erstattet - eine große Ungerechtigkeit.“ 2 Mrd. Euro sind zunächst für das Betreuungsgeld vorgesehen - Geld, das die Neuverschuldung antreibt. Dabei haben die gleichen Eltern, die heute Betreuungsgeld beantragen, morgen (ab August 2013) einen einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, wenn sie z.B. wieder arbeiten wollen oder müssen. Der „Dumme“ dabei sind auch die Kommunen, die nur wissen, wie viele Neugeborene sie haben und wann wie viele Plätze vorhanden sein müssen. Ob die Eltern sich für Betreuungsgeld entscheiden und deshalb der Kita-Platz -jetzt- nicht gebraucht wird, spielt dabei keine Rolle. Die Kom-

munen müssen die Plätze vorhalten (auch wenn sie das Geld dafür eigentlich nicht haben) und Erzieher und Erzieherinnen einstellen. „Die 2 Milliarden € wären viel besser darin angelegt, die Kommunen beim Ausbau und der Förderung von Kita-Plätzen zu unterstützen“, erklären die Politiker.

Auf dem Bild: Hans-Dieter Schneider, Michael Walther, Martin Haller, Bernhard Kukatzki, Hannelore Klamm, Anke Simon, Dieter Feid, Wolfgang van Vliet, Günther Ramsauer, Doris Barnett, Udo Scheuermann, Andreas Paczulla, Martin Wegner. Ebenfalls beteiligt, aber nicht im Bild: Jutta Steinruck, MdEP



AKTIV GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL

SPD-Kreisverband Rhein-Pfalz setzt Zeichen



Martin Haller, MdL
Vorsitzender des SPD-Kreisverbands

Der SPD-Kreisverband setzt ein Zeichen gegen den Fachkräftemangel. Hierzu suchen Mitglieder des rheinland-pfälzischen Landtags, Ortsbürgermeister und Mitglieder des SPD-Kreisverbands den Kontakt zu Kindertagesstätten, Sozialstationen und den Dialog mit Industrie, Handwerk und Gewerkschaften.

Zum Auftakt der Aktion besuchten SPD-Landtagsabgeordnete und Mandatsträger am Montag, den 14. Mai verschiedene Kindertagesstätten des Rhein-Pfalz-Kreises. Martin Haller, MdL und Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Rhein-Pfalz-Kreis war im protestantischen Kindergarten „Regenbogen“ in Bobenheim-Roxheim, Hannelore Klamm, MdL hat den kommunalen Kindergarten „Haus des Kindes“ in Mutterstadt besucht und Dr. Peter Kern, Bürgermeister der Gemeinde Limburgerhof, stattete dem ebenfalls kommunalen Kindergarten „Haus des Kindes“ in Limburgerhof ei-

nen Besuch ab.

Am 19. Mai fand die Aktion dann ihre Fortsetzung mit Besuchen bei verschiedenen Pflegeeinrichtungen, am 4. Juni lag der Focus auf den Problemen der Privatwirtschaft.

In einem weiteren Schritt sollen die Ergebnisse dieser Vor-Ort-Termine in einen Dialog mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern thematisiert werden, um politisch und gesellschaftlich die richtigen Entscheidungen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten zu treffen und damit zur Behebung des Fachkräftemangels beizutragen.

Im Juni lief ein Treffen beim Betriebsrat der BASF mit dem Kollegen (und Genossen) Manfred Wüchner. Daran anschließend das Gespräch mit Dr. Markus Hermann von der Personalabteilung am selben Ort. Beide berichteten über die bisherigen Aktivitäten der BASF zum Umgang mit dem Thema aus der jeweiligen Sicht.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels sind in allen Gesellschaftsteilen spürbar. Gerade soziale Berufe gewinnen dabei immer mehr an Bedeutung und verdienen entsprechenden Anerkennung.

In den Bereichen Erziehung und Pflege sind die Arbeitsbedingungen für die Angestellten oft nicht zu akzeptieren. Das Verhältnis von körperlichem und seelischem Einsatz und finanziellem Ertrag ist nicht im Gleichgewicht. Menschen in sozialen Berufen prägen unsere Gesellschaft. Ihr unermüdlicher Einsatz in Pflege und Erziehung bereiten unsere Jüngsten mit wichtiger frühkindlicher Bildung auf die

Schule und den „Ernst des Lebens“ vor. Den Älteren unter uns ermöglichen sie oft durch ihre Mitmenschlichkeit und Wärme sowie pflegerische Kompetenz ein würdiges Altern.

Auch Industrie und Handwerk leiden unter den negativen Entwicklungen, die Industrie braucht ebenfalls angemessene Antworten zur Bewältigung des Fachkräftemangels.

Die Landesregierung setzt gerade im Bereich der Kitas ein Zeichen. Der Betreuungsschlüssel der rheinland-pfälzischen Kitas belegt im Bundesvergleich in allen Altersgruppen vordere Plätze.

Darüber hinaus setzt das Tariftreuegesetz ein Signal für gute Löhne im öffentlichen Sektor.

Es ist besonderes Anliegen der Kreis-SPD, auf die Situation in den Kitas und bei den Pflegediensten sowie in der Industrie hinzuweisen. Deshalb sollen mit dieser gebündelten Aktion, im Dialog mit den Betroffenen, Möglichkeiten erarbeitet werden, die die Arbeitsumstände verbessern. Dabei stehen natürlich auch die Betreuung unserer Kinder, die Pflege der Hilfsbedürftigen und die Situation der Industrie, die unser Land zu einem starken Wirtschaftsstandort macht, im Mittelpunkt.

Ludwigshafener Migrationsbeirat in Straßburg

Am 14. Juni haben Vertreter des Migrationsbeirates Ludwigshafen und Mitglieder der verschiedenen Migrationsvereine der Umgebung das Europaparlament in Straßburg besucht. Die Gruppe war auf Einladung von Jutta Steinruck gekommen. Sie haben mit Jutta Steinruck eine sehr ausführliche und lebhaft Diskussionsrunde geführt, in der viele interessante Gesichtspunkte zur Sprache kamen.

Hayat Erten, die Vorsitzende des Migrationsbeirates war von der Fahrt begeistert: „Inhaltlich war es eine gelungene Verknüpfung von europäischer und kommunaler Politik, daneben konnten wir die gemeinsamen Stunden sehr gut auch zum Knüpfen von Netzwerken nutzen. Ein rundum gelungener Tag.“ Obwohl eineinhalb Stunden intensiv diskutiert wurden, hätten alle den Austausch gerne noch weiter vertieft und haben deshalb vereinbart, diese Runde in naher Zukunft fortzusetzen.

Jutta Steinruck: „Das Gespräch war sehr aufschlussreich und interessant für mich, da es mir immer sehr wichtig ist, die verschiedenen Anliegen und Standpunkte der Bürgerinnen und Bürger in meiner Heimat kennenzulernen. Und hier konnte ich mich mit Ludwigshafenern unterschiedlichster Herkunft austauschen. Es waren unter



Jutta Steinruck hat regelmäßig Besuchergruppen in Straßburg zu Gast. Gerne lädt sie auch Euch zu mir nach Straßburg ein, meldet Euch am Besten in ihrem Wahlkreisbüro unter 0621/5454204 wegen der Details.

anderem die Türkei, Kroatien, Uganda, Marokko, Kenia, Albanien und viele andere Nationalitäten und insbesondere auch

die verschiedensten religiösen Gemeinden wie z.B. die alevitische und die christliche Gemeinde vertreten. Eine sehr fruchtbare Diskussion und ein bereicherndes Zusammentreffen!

Bundeszwanderungs- und Integrationsrat wählt einen neuen Vorstand

Der bundesweite Dachverband der Migrationsbeiräte, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, hat bei seiner Mitgliederversammlung am 24. März 2012 in Dresden einen neuen Vorstand gewählt.

Als neuer Vorsitzender wurde Herr Giuseppe Schillaci aus dem Saarland, vom Saarländischen Integrationsrat (SIR) gewählt.

Stellvertretende/r Vorsitzende/r sind:

- Fikret Abaci, Niedersachsen-NIR
- Vito Contento, Rheinland-Pfalz-AGARP
- **Hayat Erten, Rheinland-Pfalz-AGARP**
- Memet Kılıç, Baden-Württemberg -LAKA
- Phuong Kollath, Mecklenburg-Vorpommern-Rostock
- Marc Lalonde, Ausländerbeirat Dresden und Sächsischer Migrantenbeirat
- Satenik Roth, Sachsen-Anhalt
- Hüseyin Yalçın, Bayern-AGABY
-

Bei der Wahl des Vorstandes wurde darauf geachtet, dass möglichst viele Bundesländer mit ihren Landesverbänden vertreten sind.



"WO ANDERE AUFGEBEN BILDEN WIR AUS" SPD-Delegation zu Gast bei CoLab



Auf dem Bild: Walter Feiniler, Walter Weddig, Andreas Scherer, Jutta Steinruck, Dr. Markus Wintterle, Christian Regenauer, Martin Wegner, Andro Scholl, Stefanie Seiler und Nora Egler (von links)

Es müsse in Deutschland keine Jugendarbeitslosigkeit geben. Dieses Fazit zog Jutta Steinruck, Mitglied des Europaparlamentes, anlässlich ihres Kurzbesuchs in Speyer, bei dem sie sich über die Arbeit der gemeinnützigen CoLab GmbH informierte, die Jugendlichen aus sozial schwachen Verhältnissen Perspektiven bietet, einen Berufsabschluss zu erreichen.

Begleitet vom Vorsitzenden des Unterbezirks Vorderpfalz Martin Wegner, seinem Vertreter Walter Feiniler, den Ratsmitgliedern Stefanie Seiler, Dr. Markus Wintterle, Christian Regenauer, Seniorsratsmitglied Walter Wedding sowie

dem Juso-Landesvorsitzenden Andro Scholl samt Stellvertreterin Nora Egler, verschaffte sich die Abgeordnete einen Einblick während eines Vortrages von CoLab-Geschäftsführer Andreas Scherer.

Scherer berichtete über den nicht gerade einfachen Weg von den Anfängen im Jahr 1997 über die Gründung von CoLab 2005 mit der damit verbundenen ständigen strukturellen Neuausrichtung des Fachkraftwerkes, wie die Geschäftsführer Andreas Scherer und Thomas Friedrich ihr ehrenamtliches Ziehkind gerne auch nennen. Besonders aufgeschlossen zeigten sich Steinruck und Gäste über das von der

CoLab initiierte Vierstufenkernmodell, innerhalb dessen die Jugendlichen bei der CoLab in quasi vier Entwicklungsstufen in Medien- und IT-Berufen wie beispielsweise zum Systemelektroniker, Programmierer, Medienkaufmann - und Gestalter Bild und Ton oder zum Webdesigner und Fachinformatiker ausgebildet werden. Gleichzeitig bemüht sich die GmbH um Praktikumsplätze bei befreundeten Firmen und vermittelt Stellen bei Technologieunternehmen nach abgeschlossener Ausbildung der jungen Mitarbeiter. Das Speyerer Fachkraftwerk CoLab finanziert sich über Privatmittel, öffentliche Fördergelder („Stärken vor Ort“) oder staatliche Zuwendungen wie den Europäischen Sozialfonds, (ESF) eine Förderform, die laut Scherer unheim-

lichen Verwaltungsaufwand erfordert. Wenig begeistert ist Geschäftsführer Scherer, der in Heidelberg Physik studierte und hauptberuflich als Projektreferent bei der IHK Zetis tätig ist, von der Unterstützung durch die Stadt Speyer. Dort hieße es immer, es gebe in der Stadt keinen Bedarf für derartige Konzepte. Dabei könne man, so Scherer einen Güterbahnhof voll mit jungen Leuten füllen, die in ähnlich problematischer Lage seien, wie es die gegenwärtig neun CoLab-Schützlinge einmal waren.

Neben dem Ausbildungsangebot haben Scherer, Friedrich und Mitarbeiter, die Radioplattform „Edura“ entwickelt, mit deren Hilfe Internetradio möglich ist. Mittlerweile haben sich bereits 40 Radioschulgruppen in Rheinland-Pfalz gebildet. Bremen und Brandenburg zeigen länderübergreifend lebhaftes Interesse, davon zu partizipieren. Zu den gegenwärtig neun Azubis in der

Domstadt, die auch PC reparieren, Druckaufträge durchführen sowie Netzwerke einrichten und betreuen, zählen weitere vier junge Leute, die in der Außenwohngruppe „Mühle Herleshausen“ tätig sind. Neben diesen Angeboten gilt der „Offene Treff“ seit Jahren als beliebte Plattform für etwa 20-30 Jugendliche sich untereinander auszutauschen und Erfahrungen zu bündeln.

CoLab wird ab dem 1. Oktober Räume in Germersheim (300 Quadratmeter) in der ehemaligen MG-Kaserne beziehen und die Ausbildung in dieses soziale Kompetenzzentrum verlagern. Scherer, der noch nicht weiß, was mit dem Haus in der Ludwigstraße geschehen soll, fände es bedauerlich, wenn sich CoLab vollständig aus Speyer verabschieden müsse.

Abgeordnete Steinruck, in Brüssel und Straßburg als Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und Sozi-

ales tätig, deren besonderes Interesse schon immer konkreten Projekten vor Ort galt, sagte den Anwesenden, dass gerade im Europaparlament über die nächste Förderperiode verhandelt werde. Deutschland erhalte Mittel aus dem ESF, entscheide dann aber eigenständig über die Verwendung dieser Gelder, belege also die Schwerpunkte. Die Europäische Kommission tendiere zwar dazu, mit größeren Trägern wie zum Beispiel der Caritas zu verhandeln, (gibt den Rahmen vor) doch setzte sich die SPD dafür ein, auch kleinere Trägerformen zu berücksichtigen.

In Zeiten der allgegenwärtigen Sparpolitik sei es nicht gerade leicht, dem Rechnung zu tragen. Ihre Parteigenossen vor Ort gemahnte Steinruck in Form kleiner Anfragen (im Landtag) oder Anträgen (im Stadtrat) deutlich zu machen, dass Förderbedarf besteht. Diesen sichtbar zu machen, sei ihrer aller Aufgabe, aktive Politik zu betreiben.

NICHT ALLES WAS GEHT IST AUCH ERLAUBT

Urheberrecht im Alltag

Zu diesem Thema referierte Tamina Barth von der Verbraucherzentrale Ludwigshafen, auf Einladung von Hannelore Klamm im Palatinum Mutterstadt. Vor 35 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern erklärte die Expertin Fallen und Kniffe beim Umgang mit Inhalten aus dem Netz. Der Umgang mit Inhalten im Internet ist für viele Menschen alltäglich. Wir bewegen uns selbstverständlich im Netz und nutzen die unterschiedlichsten Angebote. Aber wie ist das eigentlich, wann darf ich Musik herunterladen? Wie sieht es aus mit der Verwendung von Fotos, z.B. in sozialen Netzwerken wie facebook? Tamina Barth riet zu vorsichtigem Umgang mit fremden Inhalten und dazu, sich bei Abmahnungen erst zu informieren, bevor man zahlt.



Gartenstadt, Maudach und Niederfeld: MLP



Beim Marathon am 12. Mai hatten die Ortsvereine Gartenstadt, Niederfeld und Maudach einen gemeinsamen Stand in der Gartenstadt. Die Läufer wurden mit Mineralwasser versorgt, Für die zahlreichen Besucher gab es Bratwurst, Brezeln, Weinschorle und jede Menge Spass.

GROSSNIEDESHEIM 100% Frauenquote im Vorstand

„Der Ortsverein Großniedesheim hat in seiner Generalversammlung am 2. April die Frauenquote vorbildlich erfüllt:

100 % Frauen im Vorstand!

Doris Barnett, MdB, und Martin Haller, MdL, berichteten von ihrer Arbeit im jeweiligen Parlament: Martin brachte die Ergebnisse der Auszahlung zur Bürgerbefragung aus Lamsheim bezüglich der Fusion Gemeinde Lamsheim und VG Heßheim mit.

In Lamsheim wie in der VG Heßheim hat sich die Mehrheit

der Befragten für eine Fusion ausgesprochen.

Anschaulich per Beamer wurden die Mitglieder vom Fraktionsvorsitzenden Erwin Martin über die Pläne der Verwaltung für das Baugebiet „Im Schenkel II“, Fotovoltaikanlage, Windkraft und Urnenmauer informiert.

Die ehrenamtliche Energiebeauftragte der Gemeinde, Anke Lepa, SPD, umriß mit einer Präsentation ihre Arbeit.

